

Begrüßung Bürger-Informationsveranstaltung 16. Mai 2018



Liebe Bürgerinnen und Bürger aus UHINGEN und EBERSBACH und den Ortsteilen,
liebe Gemeinderäte aus UHINGEN und EBERSBACH,
sehr geehrter Vertreter der Medien,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Stadtverwaltung ,
sehr geehrte Vertreter der Bürgerinitiative,

ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich zur Bürgerinformationsveranstaltung des Zweckverbandes Gewerbepark Fils in der Turnhalle in Nassachmühle erschienen sind. Thema ist der Gewerbepark Fils und wir wollen Sie heute über alle aktuell bisher vorliegenden Fakten informieren.

Anfangen von der Bedeutung dieses interkommunalen Gewerbegebiets für die Entwicklung beider Städte, dessen Vorteile trotz kritischer Prüfung und Betrachtung die Gemeinderäte in UHINGEN als auch die in EBERSBACH überzeugt haben.

Wir werden auch deutlich machen, warum die beiden Kommunen den Zweckverband Gewerbepark Fils gegründet haben.

Wir werden Sie im Detail über die konkreten Abläufe der Planung unterrichten, incl. Flächennutzungsplan und Bebauungsplan.

Anschließend wollen wir Sie kurz über die Untersuchungsergebnisse der bislang erfolgten Gutachten unterrichten. Und danach das sicher mit Spannung erwartete Verkehrsgutachten und das Klimagutachten vorstellen und deren Auswirkung auf das geplante Gewerbegebiet darstellen.

Aber zuvor möchte ich noch einige grundlegende Gedanken anbringen.

Was sind die Ziele der heutigen Veranstaltung?

1. Die Bürger aus beiden Kommunen sollen auf dieser bereits dritten öffentlichen Veranstaltung sämtliche Informationen erhalten, um sich eine eigene qualifizierte Meinung über das Vorhaben bilden zu können.
2. Wir, die Gemeinderäte und Bürgermeister aus UHINGEN und EBERSBACH legen größten Wert darauf, im langfristigen und nachhaltigen Interesse des Gemeinwohls unserer Kommunen zu handeln. Diese Haltung gerät gelegentlich in Konflikt mit durchaus nachvollziehbaren Einzelinteressen, die aber nicht unbedingt das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger oder die besten Argumente auf Ihrer Seite haben.

Wir werden heute deutlich machen, dass es bei dem Planungsprozess Gewerbegebiet Strut um vorgegebene Abläufe und um objektive und überprüfbare Fakten geht, die den Entscheidungen bisher zugrunde lagen und auch in Zukunft zugrunde liegen werden.

3. Wir wünschen uns eine Medienberichterstattung, die diesen mehrjährigen Prozess kompetent begleitet und sämtliche Fakten dieses komplexen Themas aufnimmt und würdigt.

Beide Kommunen werden darüber hinaus im Rahmen ihres Auftrags zur Unterrichtung der Bevölkerung auf ihren städtischen Websites, den kommunalen Stadtnachrichten und in Bälde auf der Website des Zweckverbandes Gewerbepark Fils über die Ziele, die Entwicklungsschritte und Hintergründe dieses Projektes informieren.

So haben die Bürgerinnen und Bürger jederzeit die Möglichkeit, sich in aller Ruhe und zu jeder Tages- und Nachtzeit gründlich und umfassend zu informieren.

4. Wie heutzutage fast jedes größere kommunale Projekt bewegt auch der Gewerbepark Fils die Gemüter. Besonders die der Betroffenen. Das ist ebenso der Normalfall in der Demokratie wie die Binsenweisheit, dass Politik Kompromissfähigkeit erfordert und Kompromiss immer heißt, dass sich keiner zu 100% durchsetzt, sondern am Ende nach langen Debatten meistens das umgesetzt wird, was eine Mehrheit der gewählten Volksvertreter oder die Bürger selbst für richtig halten.

5. Die Bürgerinitiative „Kein Gewerbepark Fils“ trägt ihr Programm bereits im Namen. Ihr Ziel ist, dieses Gewerbegebiet zu verhindern. Dieses Recht ist demokratisch legitimiert und wird von allen Beteiligten akzeptiert.

Auch der Zweckverband Gewerbepark Fils nimmt diese Positionierung der BI selbstverständlich zur Kenntnis – die BI wird auch später am Abend ihre Positionen vortragen. Aber dennoch weisen wir darauf hin, dass wir der Verbreitung von unzutreffenden Aussagen oder einer Stimmungsmache mit Spekulationen und Behauptungen weiterhin aktiv entgegenzutreten und entsprechende Fakten und Schlussfolgerungen richtig stellen werden.

6. Denn es ist aus guten Gründen nicht die Aufgaben von Bürgerinitiativen, das Gesamtwohl der Kommune im Auge zu behalten. Diese Zuständigkeit fällt per Gesetz in den Bereich der Verwaltungen, der Gemeinderäte und der Bürgermeister, die dafür von der Bevölkerung beauftragt und gewählt worden sind.

Eine Bürgerinitiative vertritt in der Regel Partikularinteressen. In diesem Fall vor allem die Interessen des Ortsteils Diegelsberg. Das sollten alle bei der Bewertung der vorgetragenen Ziele und Argumente der BI nicht ganz aus den Augen verlieren.